

Anmerkungen

- 1 Schönstedt, Oliver. (2012). (Zwangs)Einweisung. *Kriminalistik, Hefte 8–9 und 10/2012*. S. 509 ff. bzw. S. 588 ff.
- 2 Hinweis: Die Verwaltungsschule des Gemeindetags Baden-Württemberg bietet entsprechende Seminare für Mitarbeiter der Ortspolizeibehörden bzw. Unterbringungsbehörden zu dieser Thematik an.
- 3 Die Erfahrungen speisen sich u. a. aus persönlichen Rückmeldungen von Behördenmitarbeitern unter anderem aus verschiedenen Seminaren.
- 4 Vgl. auch Zimmermann, Dr., Walter. (2003). *Unterbringungsgesetz BW*. Praxiskommentar. Stuttgart: Boorberg Verlag. S. 26, Rn. 17b. „Das reguläre Verfahren dauert Monate und kommt daher nicht vor“.
- 5 Vgl. Studie: *Anforderungsprofil für Streifenbeamte*. (1995). IM LPP BW 1995. Dort: „Polizeibeamte erleben psychisch Kranke als hohes Gefährdungspotential“.
- 6 Podiumsveranstaltung der Psychiatrischen Universitätsklinik Freiburg am 4.4.1998. Aussagen von Prof. Dr. Berger und Dr. Baljer, ZPE Emmendingen.
- 7 Sheilagh/Hodgins. (2006). Review Gewalt und Kriminalität bei psychisch Kranken. *Neuropsychiatrie*. Band 20/Nr. 1. S. 7–14.
- 8 Z. B. *Deutsches Polizeiblatt*. Der Umgang mit psychisch Kranken. Boorberg Verlag. Heft 6/1996; *POLIZEI heute*. Der Umgang mit Grenzpersönlichkeiten – Borderline Syndrom. Dr. Hallenberger/Pfeiffer. Heft 3/1998; *Polizeispiegel*. Erkennung und Umgang mit psychiatrischen Patienten im Polizeieinsatz. Heft 4+5/2002. Dr. med. Frank König und Dr. med. Francisco Pedrosa Gil, SANITAS Klinik Ludwigsbad; *Deutsche Polizei*. Der polizeiliche Umgang mit psychisch Gestörten. Dr. Füllgrabe. Heft 10/2011; *Polizei/Wissenschaft*. Schwerpunktheft: Polizei und psychisch kranke Menschen. Litzke/Hermanutz/Schmalzl/Nedopil/Burton/Eyckmanns/Fehn. Ausgabe 3/2004
- 9 Hinweis: Beginnend ab März 2015 werden entsprechende Seminare, die sowohl die rechtliche als auch die einsatztaktische Handlungssicherheit stärken, an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, Villingen-Schwenningen, Fakultät I, angeboten.
- 10 Quelle: *Hamburger Abendblatt*. 9.9.2009, S. 20, in: <http://www.abendblatt.de/region/norddeutschland/article1175215/Mann-geht-mit-Schwert-auf-Polizei-los.html> (9.9.2009)
- 11 So auch: Döhner, Dr., Wolfgang. (19.9.2001) in: Vortrag vor der Landesstelle gegen die Suchtgefahren. Stuttgart. S. 5.
- 12 Vgl. Zimmermann, Dr., Walter. (2003) *Unterbringungsgesetz BW*. Praxiskommentar. Stuttgart: Boorberg Verlag. S. 26, Rn. 17b.
- 13 Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, PsychKHGBW) vom 12. November 2014, Inkrafttreten: 1. Januar 2015 zeitgleich trat außer Kraft: Unterbringungsgesetz (UBGBW) i. d. F. vom 2.12.1991 (Gbl. S. 794) geändert durch Gesetz vom 3. Juli 1995 (Gbl. S. 510). Jedes Bundesland hat sein eigenes Landesgesetz (sie werden u. a. auch Freiheitsgesetz bzw. Psychiatriekrankengesetz genannt) für die sog. öffentlich-rechtliche Unterbringung psychisch Kranker. Das gerichtliche Verfahren ist bundesweit einheitlich im Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) vom 1.9.2009 geregelt.
- 14 Siehe auch: BT-Drucksache 11/4528, S. 116 und, evtl. ergänzend: ehemals unter § 1 (2) UBG BW.
- 15 Begründung zum Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – PsychKHGBW; LT-Drucksache 15/5521 vom 22.7.2014.
- 16 Die „Freiheit zur Krankheit“ muss jedem psychisch Kranken jedoch überlassen bleiben. Das PsychKHGBW ist daher nur bei „erheblicher Gefahr“ anwendbar. BVerfG in 2 BvR 2270/96).
- 17 Zur Verfassungsmäßigkeit und Anwendung des bayrischen Unterbringungsgesetzes und des PAG: Bay. Verfassungsgerichtshof, v. 16.12.1998, Verf. 7-VII/86.
- 18 Etwas ungenau formuliert in: Hermanutz/Schmalzl (Hrsg.). (2001). *Moderne Polizeipsychologie*. Stuttgart: Boorberg Verlag, 2. Auflage. S. 265 ff.
- 19 Das Grundrecht auf Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2 GG) steht der Unterbringung eines Geisteskranken, die ausschließlich den Zweck verfolgt, den psychisch Kranken vor sich selbst in Schutz zu nehmen und ihn zu seinem eigenen Wohl in einer geschlossenen Anstalt unterzubringen, dann nicht entgegen, wenn er für sich selbst gefährlich oder ohne Anstaltspflege der Gefahr einer ernsten Gesundheitsschädigung ausgesetzt ist. Die Auslegung des ehem. baden-württembergischen Unterbringungsgesetzes (UBG), das die *fürsorglichen Belange von Gewicht*, für die Anordnung einer Unterbringung genügen lässt, ist mit Bundesrecht vereinbar. (BVerfG v. 7.10.1981. 2 BvR 1194/80. BVerfGE 58, 208–233)
- 20 BayObLG, FG Prax 2002, 91.
- 21 Liskan/Denninger. (2012). *Handbuch des Polizeirechts*. 5. Auflage. München: C. H. Beck Verlag.
- 22 BVerfGE 22, 180, 219 f.
- 23 OLG Stuttgart, NJW-RR 1995, 662.
- 24 Gegenwärtige Gefahr: Wenn infolge der Krankheit ein schadensstiftendes Ereignis unmittelbar bevorsteht oder sein konkreter Eintritt zwar unvorhersehbar, wegen besonderer Umstände jedoch jederzeit möglich ist.
- 25 Hier könnten auch Fälle der ständigen Behinderung/Belästigung der Polizei durch einen psychisch Kranken subsumiert werden; hier muss aber zwischen Gemeingefährlichkeit und Gemeinlästigkeit unterschieden werden. In: Juchart, Klaus/Warmbrunn, Johannes. (1992). *Unterbringungsgesetz Baden-Württemberg*. Walldorf: Integra-Verlag. S. 36.
- 26 Vgl. auch Zimmermann, Dr., Walter. (2003). *Unterbringungsgesetz BW*. Praxiskommentar. Stuttgart: Boorberg Verlag. S. 26, Rn. 17b. „Das reguläre Verfahren dauert Monate und kommt daher nicht vor“.
- 27 Gefahr im Verzug ist im Übrigen immer gegeben, wenn die zeitliche Verzögerung, die bei Einhaltung des „ordentlichen“ Weges entsteht, eine erhebliche zusätzliche Gefahr bedeutete, insbesondere wenn die damit verbundene zeitliche Verzögerung der Eilentscheidung, zur weiteren Gefährdung des Betroffenen führen würde. (Kretz, Jutta. (2009). Einstweilige Anordnungen in Betreuungs- und ... *BtPrax*. Heft 4. S. 163, oben.)
- 28 Praktiker der Unterbringungsbehörden berichteten von einer Verfahrensdauer bis zum Erlass der gerichtlichen Anordnung, von einer bis zu vier Stunden,
- 29 So aufgenommen aus vielen verschiedenen Seminaren mit Teilnehmern des PVD, der Unterbringungs- bzw. Ortspolizeibehörden.
- 30 Vgl. Zimmermann, Dr., Walter. (2003) *Unterbringungsgesetz BW*. Praxiskommentar. Stuttgart: Boorberg Verlag. S. 195, Rn. 21 zum ehem. § 3/2 UBG der mit § 15/2 PsychKHG hier inhaltsgleich ist.
- 31 § 13 Landesverwaltungsgesetz (LVGBW) legt fest, wer uVB ist.
- 32 § 18 (3) PsychKHGBW
- 33 I. S. v. § 28 PolGBW
- 34 Polizeigesetz Baden-Württemberg, in der Fassung vom 13. Januar 1992. GBl. S. 1, ber. S. 596,
- 35 Aber nur, wenn die Polizeibehörde nicht über die nötigen Dienstkräfte oder Einrichtungen verfügt. Da die uVB nur Fachaufsichtsbehörde ist, erstreckt sich das Weisungsrecht nur auf das Verlangen überhaupt, nicht auf die Art und Weise des Vorgehens des Vollzugs. Dies obliegt dem PVD bzw. der dienstaufsichtsführenden Polizeidienststelle gem. § 72 PolGBW (vgl. auch Wöhre/Belz. (1985). BWPoIG, 4. Auflage. § 61 Rn. 4)
- 36 Mußmann, Eike (1994) Allgemeines Polizeirecht in *Baden-Württemberg*, 4. Aufl. Rn. 119. Er spricht hier von einer klassischen Vollzugshilfe gem. (dem ehem.) § 60 (4) PolGBW. A. A. sind Würtenberger/Heckmann/Riggert (W/H/R). (1995). *Polizeirecht in BW*, 2. Auflage. Rn. 120. Sie leiten allein aus § 74 (1) PolGBW – Weisungsbefugnis der Polizeibehörde gegenüber PVD – die Handlungsverpflichtung f. d. PVD ab.
- 37 Aber nur, wenn die Polizeibehörde nicht über die nötigen Dienstkräfte oder Einrichtungen verfügt. Da die uVB nur Fachaufsichtsbehörde ist, erstreckt sich das Weisungsrecht nur auf das Verlangen überhaupt, nicht auf die Art und Weise des Vorgehens des Vollzugs. Dies obliegt dem PVD bzw. der dienstaufsichtsführenden Polizeidienststelle gem. § 72 PolGBW (vgl. auch Wöhre/Belz, § 61 Rn. 4)
- 38 vgl. Vorführung nach § 18 GeschlKrG in: Zeitler, Stefan, Prof. Dr. (1998). *Allgemeines Polizeirecht*. 4. Auflage. S. 28 und Vorführung zur Röntgenreihenuntersuchung in Vahle, Jürgen. Zwangsweise Durchsetzung von VA. DNP 10/91. Erst wenn die freiheitsentziehende Maßnahme selbst über die Pflicht zur Befolgung der Polizeiverfügung hinausgeht, also auf eine Freiheitsentziehung gerichtet ist, ist Art. 104 GG einschlägig. In: W/H/R. a. a. O. Rn. 241.
- 39 Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz v. 12.12.1994, GBl. 653 (1994), Art. 2.
- 40 Also, etwa die Vorführung zur ärztlichen Untersuchung gem. § 17 PsychKHGBW selbst anordnen könnten.
- 41 Gesundheitsdienstgesetz vom 12.12.1994, GBl. 663 (1994).
- 42 Götz, Volkmar. (1993). *Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht*, 11. Auflage. Rn. 53, 79.
- 43 OLG Stuttgart, 30.11.2000, 1 U 32/00 und 1b 01982/99 vgl. auch gleichlautend VG Stuttgart, 15.11.1996, Az. 4 K 4331/94 und Beschluss OLG Stuttgart v. 27.3.1996, Az. 3 Ws 9/96.
- 44 So auch eine Unterbringungsbehörde in BW, die am 24.6.2010 in einer Verfügung i. S. des ehemaligen § 5 UBGBW an das Gesundheitsamt schreibt: „*Falls die Voraussetzungen für eine Unterbringung nach § 4 UBG vorliegen,*

- bitten wir die sofortige Aufnahme im ZfP zu verlassen“.
- 45 OLG Stuttgart v. 30.11.2000, a. a. O.
- 46 VGH BW, VerkMitt, 1982, 14 in Wolf/Stephan. (1995). *Polizeigesetz BW*, 4. Auflage. Rn. 2 zu § 62 und Rn. 20 zu § 61.
- 47 Wolf/Stephan. a. a. O. Rn. 9 zu § 61.
- 48 Fröhlich. BWVPr1976, 173, 174.
- 49 Vgl. § 52 (4) PolGBW.
- 50 Fliegau/Maurer. (1983). *Verwaltungsvollstreckungsgesetz für BW*, 2. Auflage. Rn. 2 und 3 zu § 5 LVwVG.
- 51 Betreten: *Eintreten und Verweilen in den geschützten Bereich, um einfache Feststellungen zu treffen*. Die Vornahme von Feststellungen im Sinne einer einfachen Nachschau sind zulässig; In Mußmann. a. a. O. Rn. 230.
- 52 Suchen/durchsuchen: Ist das von Beginn an geplante bzw. gezielte Suchen nach Personen od. Sachen.
- 53 Eigentlich das Verwaltungsgericht. Nach 18 (3) PsychKHGBW jedoch das zuständige AG; wie für die Unterbringung.
- 54 GiV: Wenn zur Verhinderung eines nicht unerheblichen Schadens sofort eingegriffen werden muss und sonst der Erfolg der erforderlichen Maßnahmen durch die Verzögerung beeinträchtigt oder vereitelt würde. Die Gefahr muss möglich sein, nicht konkret drohen.
- 55 W/H/R. a. a. O. Rn. 469.
- 56 Neu geregelt in VwV zum PolGBW vom 18.7.1997, Az. 3-1101.2/13, zu § 52. Überholt: Ziff. 4b des UZwErI. v. 12.11.1991.
- 57 Gem. §§ 14 und 57 PsychKHGBW
- 58 VG Stuttgart v. 15.11.1996, Az. 4 K 4331/94, Seite 8, Ziff. 2 und BVerfG Beschluss v. 7.10.1981, 2 BvR 1194/80, Ziff. I.1c.
- 59 VG Stuttgart v. 15.11.1996, a. a. O. und Beschluss des OLG Stuttgart v. 27.3.1996, Az. 3 Ws 9/96.
- 60 Mußmann. a. a. O. Rn. 110 u. 121. Wenn spezielle Gesetze nur die Polizeibehörde zum Tätigwerden ermächtigen, kann der PVD, bei Vorliegen des § 60 (2) PolGBW – ... sofortiges Tätigwerden erforderlich erscheint ... – nur auf Grund des PolGBW tätig werden. A. A. Stephan, Ulrich, Prof. in VBlBW 1984, 47, 51.
- 61 Z. B. §§ 44/2 StVO, 35/5 WaffG, 24/3 MeldeG, 18 VersG etc.
- 62 Vgl. auch OLG Stuttgart v. 30.11.2000, a. a. O.
- 63 W/H/R. a. a. O. Rn. 173.
- 64 Juchart/Warmbrunn. a. a. O. S. 47.
- 65 In nur 42 Prozent der psychiatrischen Notfälle, wird vom Notarzt die richtige Diagnose gestellt: Dt. Ärzteblatt, Jg. 1998, Heft 24
- 66 Hierzu: Krischke, Dr. phil. Dipl. Psych. N. R. (23.8.2004). *Forschungsbericht*. Universität Oldenburg, Abteilung Gesundheits- und Klinische Psychologie ... *untersucht Maier (2001) die formale Güte ärztlicher Zeugnisse zur Zwangseinweisung unter den Bestimmungen der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung (FFE). Zwangseinweisung in der Schweiz ... Die Psychiater gaben zu 77 Prozent ein hinreichend korrektes Zeugnis ab, die Krankenhausärzte zu 38 Prozent und Hausärzte zu 27 Prozent*.
- 67 Landtag von Baden-Württemberg. *Gesetzentwurf der Landesregierung. Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – PsychKHG)*. 22.7.2014. LT-Drucksache 15/5521, S. 59.
- 68 Schönstedt, Oliver (8.4.2014). *Stellungnahme zum neuen PsychKHGBW*. U. a. wurde auch der Begriff der „Not-Vorführung“ durch die Polizei wurde so in die Gesetzesbegründung mitaufgenommen. Der Autor hätte sich aber eine andere Formulierung im Gesetz gewünscht und hatte hier auch einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.
- 69 So auch Kommentarliteratur: Vgl. Juchart. a. a. O. Ziff. 2.1, S. 31 und Zimmermann. a. a. O. S. 200, Rn. 5 und VGH BW, 9.3.1993, 10 S 848/92.
- 70 VwV zu § 28, Gewahrsam, Abs. 1, Nr. 2.
- 71 Hierzu: Litzke, Sven, Prof. Dr. Kriminalistik 6/2004. S. 400: *Die Ergebnisse lassen vermuten, dass die untersuchten Polizeibeamten psychisch Kranke besser erkennen als dies bisher durchgeführte Studien vermuten ließen*.
- 72 Hierzu: Krischke, Dr. phil. Dipl. Psych. N. R. (23.8.2004). *Forschungsbericht*. Universität Oldenburg, Abteilung Gesundheits- und Klinische Psychologie. *Kelleher und Copeland (1972) sowie Fähndrich und Neumann (1999) kommen zu dem Ergebnis, dass sich von der Polizei durchgeführte Zwangseinweisungen im Nachhinein oftmals als richtig erwiesen*.
- 73 LG Lüneburg, Beschluss v. 26.5.2003 – 1 T 9/03
- 74 LANDESÄRZTEKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG. (2012). Merkblatt. *Unterbringung psychisch Kranker*. Ziff. IV, unten: ... *Die Polizei ist daher nach hier vertretener Rechtsauffassung von montags bis freitags tagsüber verpflichtet, einen Arzt im Gesundheitsamt für das ärztliche Zeugnis über die Unterbringungsbedürftigkeit aufzusuchen ...*
- 75 W/H/R. Rn. 241. Es liegt immer dann eine Freiheitsentziehung (FE) vor, wenn das Einsperren bzw. Festhalten an einem eng umschlossenen Ort, gerade mit dem Zweck der FE-Maßnahme geschieht.
- 76 OLG Stuttgart, 30.11.2000, 1 U 32/00 und 1b 01982/99; VG Stuttgart v. 15.11.1996, a. a. O. S. 8 Ziff. 2 + 3 und BVerfG Beschluss v. 28.10.1980, 2 BvR 1087/79.
- 77 Insbesondere auch OLG Stuttgart v. 30.11.2000, a. a. O. und Weisung des Sozialministeriums BW an die Regierungspräsidien und Hinweis an die Landesärztekammern vom 9.4.2002, Az. 53-5451.2.
- 78 Der Gewahrsam kann in einem Streifenwagen, auf offener Straße oder vor einem Gebäude begründet werden. (OVG Münster NJW 1980. 138.139). Es kommt auf das Festhalten an einem eng umgrenzten Ort bzw. in einem engen Raum an. Der Zeitraum, insbesondere die Intensität des Festhaltens sind Kriterien einer freiheitsentziehenden Maßnahme nach Art. 104/2 GG. Von einem sog. „Verbringungs-gewahrsam“ (an sich strittig!) kann hier nicht gesprochen werden; vgl. Mußmann, a. a. O. Rn. 202 und LG Hamburg v. 24.9.1998 in NPA 742/Nov. 1999).
- 79 VG Freiburg. VBlBW 1986, 229.
- 80 VGH BW. VBlBW 1986, 309, 310.
- 81 VwV zum Polizeigesetz BW, a. a. O. Nr. 1 zu § 28.
- 82 OLG Stuttgart v. 30.11.2000, a. a. O., S. 13 ff.
- 83 AG Dattenberg, B. v. 17.2.2004 – 39 XIV 893/01 (Sitzblockade Laase 13.11.2001).
- 84 VGH Bad.-Württ., Urteil v. 17.3.2011 – 1 S 2513/10 – DVBl. 2011, 626 ff. = Juris.
- 85 VGH Bad.-Württ., Urteil v. 17.3.2011 – 1 S 2513/10 – a. a. O.
- 86 § 28 (3) PolGBW und Art. 104 (2) 2 GG.
- 87 Zeitler, Stefan. (1995) . a. a. O. S. 32 und Drews/Wacke/Vogel/Martens. (1986). *Gefahrenabwehr*, 9. Auflage. Köln: S. 200.
- 88 Vgl. Jarass/Pieroth. (2007). *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, 8. Auflage. München: C. H. Beck Verlag. Art. 104, Rn. 20 m. v. N. und Zeitler/Turnit. (2011). *Polizeirecht für BW*, 2. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer-Verlag. Rn. 325)
- 89 BVerfG. Beschluss v. 28.10.1980. Die Justiz 5/1982, 159.
- 90 BVerfG Beschluss v. 28.10.1980. Die Justiz 5/1982, 159.
- 91 § 1 (2) DVO PolGBW
- 92 § 1 (1) DVO PolGBW
- 93 Da hier personenbezogene Daten übermittelt werden, geht er § 74 (2) PolGBW vor.
- 94 Bei schwierigen Sachverhalten, insbesondere wenn Grundrechtspositionen nachhaltig gestört werden, ist ein Unterrichtung der Unterbringungsbehörde geboten, um beabsichtigte Maßnahmen abstimmen zu können. In: LT-Drucksache 10/5230. S. 56.
- 95 § 43 LVwVfGBW
- 96 § 41 LVwVfGBW
- 97 Ausführlich in: Erichsen/Hörster, Bekanntgabe von VA. Jura 1997, Heft 12, 659–666.
- 98 Liskan/Denninger. (1996). *Handbuch des Polizeirechts*, 2. Auflage. München. Rn. F 41 und W/H/R. a. a. O. Rn. 206–208
- 99 §§ 1, 2 LVwVG
- 100 W/H/R. a. a. O. Rn. 505 ff. A. A. Mußmann. a. a. O. Rn. 140. Er hält die Bekanntgabe an Handlungsunfähige für zulässig, wenn es sich um eine unaufschiebbare polizeiliche Maßnahme handelt und ein gesetzlicher Vertreter nicht rechtzeitig erreichbar ist. Jedoch widersprüchlich, da er die *unmittelbare Ausführung* nur bei vertretbaren Handlungen für zulässig hält. (vgl. Rn. 344)
- 101 W/H/R. a. a. O. RN 511 und Maurer. *Allgemeines Verwaltungsrecht*. RN 25ff zu § 20. A. A. Kugelmann. DÖV 1997, 153 (158)
- 102 Führungs- und Einsatzanordnung zur Fahn-dnach entwichenen Strafgefangenen und Abgängigen aus Zentren für Psychiatrie oder sonstigen zugelassenen psychiatrischen Einrichtungen (FEA Entwichene) (VS-NfD), IMBW, 20.03.2012, Az. 3-1231.9/28
- 103 Vgl. LT-Drucksache 14/3165, 25.8.2008, Gesetzentwurf der Landesregierung Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes; zu §§ 9a und 20 PolGBW.
- 104 Vgl.: Parzeller/Wenk/Rothschild. (2005). Die ärztliche Schweigepflicht. *Deutsches Ärzteblatt*, Jg. 102, Heft 5. A293.
- 105 Wolf/Stephan/Deger. (2009). *Polizeigesetz für BW*, Kommentar. 6. Auflage. Rn. 13, S. 352 unten.
- 106 VGH BW. VBlBW 1986, 309, 310.
- 107 Die Kosten werden gem. § 60 SGB V von der Krankenkasse übernommen, wenn ein Transportschein vorhanden ist.
- 108 Mußmann. a. a. O. Rn. 119.
- 109 § 4 (2) Nr. 2 LVwVfG.
- 110 Hier kommt auch kein Fall der Mandatierung in Betracht (VG Stuttgart, 15.11.1996, Az. 4 K 4331/94)
- 111 So eindeutig: OLG Stuttgart, 30.11.2000, 1 U 32/00.
- 112 LANDESÄRZTEKAMMER BADEN-WÜRTTEMBERG. (2012). Merkblatt. a. a. O. „Weder Ärzte von Gesundheitsämtern noch von Krankenhäusern noch niedergelassene Ärzte dürfen Patienten einweisen“.
- 113 § 5 PolGBW explizit.
- 114 Vgl. Zimmermann, Dr., Walter. (2003) *Unterbringungsgesetz BW*. Praxiskommentar. Stuttgart: Boorberg Verlag. S. 189, Rn. 3.
- 115 Vgl. BVerwGE 11, 95.